

Harri Reiche und seine Drückerkolonne

Mit dieser Bezeichnung sind natürlich der Landrat des Burgenlandkreises und seine Untere Kommunalaufsicht gemeint.

Nicht anders ist die Aussage des WSF'er Oberbürgermeisters anlässlich der letzten AÖR Sitzung in Weißenfels zu interpretieren. Seine (Harri Reiches) Kommunalaufsicht kontrolliert die AÖR Abwasserbeseitigung Weißenfels im 14tägigen Abstand, ob auch wirklich mit dem vorzeitigen Bau der Kläranlage begonnen wird. Finanzierungsfragen und geltendes Recht spielen keine Rolle. Hinweise von der BI auf Satzungsverstöße und Verfassungsbruch werden ignoriert, bzw. wie schon geschehen nach dem Opportunitätsprinzip nicht beachtet (man kann, braucht aber nicht zu handeln). Offensichtlich handelt diese Behörde auf übergeordnete Anweisung, d. h. über Landrat von ganz Oben. Die Fleischlobby hat ja ihre Unterstützer in der Landesregierung von Sachsen Anhalt fest im Griff. Regierungsmitglieder, die in Niedersachsen viel Unheil in der Landwirtschaftspolitik angerichtet haben (Massentierhaltung, Schlachtkonzerne) setzen nach ihrem Rauswurf nun in unserem Land ihr schändliches Werk fort. Vom aufrechten und nur dem Gesetz verpflichtete preußisches Beamtentum keine Spur mehr bei den Verwaltungen. Es herrscht ein Klima der Angst. Nur so kann das fortlaufende Ignorieren von Rechtsverstößen durch den Oberbürgermeister von WSF und seiner Verwaltung durch die Aufsichtsbehörde erklärt werden.

Ohne einen Cent in der Tasche ist der OBM gewillt bis 14 Millionen Euro für den Schlachtkonzern Tönnies zu verschleudern, der im Wesentlichen die Kläranlage für seine Erweiterungspläne braucht, aber natürlich keinen Cent aus eigener Tasche bezahlen will.

Ob Fördermittel fließen oder eine gültige Gebühren - bzw. Beitragssatzungen da sind, alles völlig egal, am Ende bleibt ja doch alles beim Bürger hängen. Vom Bund der Steuerzahler wird für genau solche Fälle ein neuer Straftatbestand für die Gesetzgebung des Landes gefordert. Es ist der Tatbestand der Haushaltsuntreue. Weißenfels Bürgermeister gehört mit der schwere der Tat auf die Anklagebank, denn ein schlimmerer Fall als das Verschleudern von 14 Millionen Euro lässt sich kaum denken. Wo bleibt das viel beschworene „Kellnerprinzip, nach dem der bezahlt, der bestellt hat. In diesem Fall das Fleischwerk Tönnies. Aber es werden über die Köpfe der Bürger und auch einen Teil der Stadträte vollendete

Tatsachen geschaffen. Wenn schon in Weißenfels ein überforderter Bürgermeister die Stadt in die totale Überschuldung und Hoffnungslosigkeit treibt (Motto, nach mir in 2 Jahren die Sintflut), dann sollte, dann muss vom zuständigen Landrat gehandelt werden. Die Bürger von Weißenfels erwarten Ihre Antwort auf die vielen Probleme der Stadt WSF und Antwort auf die auch an Sie persönlich gerichtete Meldungen zu Rechtsverstößen des Verwaltungschefs von Weißenfels